

03.09.2007

Analyse der Geschäftsberichte

DAX-Vorstandsvorsitzende bei vorzeitigem Ausscheiden oft sehr gut abgesichert

Vorstandsvorsitzende von DAX-30 Unternehmen sind finanziell häufig sehr gut für den Fall abgesichert, dass sie das Unternehmen vor Erreichen der Altersgrenze verlassen. Das zeigt eine Auswertung der aktuellen Geschäftsberichte, die Dr. Matthias Müller, Experte für Corporate Governance in der Hans-Böckler-Stiftung, vorlegt. Etliche Unternehmen gehen deutlich über die gesetzlich vorgeschriebene Regelung hinaus, nach der Vorstandsmitglieder die vertraglich vereinbarten Entgelte für die Restlaufzeit ihres Vertrages erhalten, wenn ihre Bestellung vom Aufsichtsrat widerrufen wird, ohne dass ihnen fristlos aus wichtigem Grund gekündigt wurde.

Seit kurzem müssen börsennotierte Unternehmen über Leistungen berichten, die einem Vorstandsmitglied für den Fall der Beendigung seiner Tätigkeit zugesagt worden sind. „Die Berichterstattung der Unternehmen über Beendigungsklauseln zeigt eine bunte Landschaft. Und nicht alles ist auf Basis der Geschäftsberichte wirklich transparent“, resümiert Müller (für eine Darstellung der konkreten Regelungen siehe die Unternehmensaufstellung im Anhang).

Nur wenige Unternehmen erklären in ihrem Bericht ausdrücklich, sie hätten ihren Vorstandschefs keine Zusagen über Abfindungen oder Übergangsbezüge gemacht. Dazu zählen etwa der Spezialchemiekonzern Altana oder die Münchner Rück. Dagegen berichten etliche Unternehmen über Regelungen zu – teils erheblichen – Übergangszahlungen oder unmittelbar nach Ausscheiden zu zahlenden Ruhegeldern. Die meisten dieser Regelungen greifen laut den Geschäftsberichten, wenn die Bestellung eines Vorstandschefs widerrufen oder sein Vertrag nicht verlängert wird, ohne dass dafür ein „wichtiger Grund“ vorliegt. „Es ist fraglich, ob solche Zahlungen an derart gut bezahlte Top-Manager noch zeitgemäß und aktienrechtlich immer zulässig sind“, sagt Müller.

Die Bezugsdauer beträgt in mehreren Fällen (z.B. Allianz, Infineon) sechs oder 12 Monate, kann aber auch deutlich länger sein. So zahlt Bayer bei einem Ausscheiden aus dem Vorstand oder beim Widerruf der Bestellung ohne wichtigen Grund monatliche Überbrückungsbezüge von 80 Prozent der letzten Festvergütung für 60 Monate. „Derartige Klauseln sind nicht nur anstößig, sondern angesichts der zeitlichen Begrenzung der Verträge auf maximal fünf Jahre auch rechtlich bedenklich“ sagt Dr. Roland Köstler, Wirtschaftsrechtsexperte der Hans-Böckler-Stiftung, „denn sie schränken die Entscheidungsfreiheit des Aufsichtsrats in der Frage der Wiederbestellung ein.“ Es stelle sich die Frage, weshalb ein Vorstandsmitglied mit kaum geschmälernten Bezügen nach Hause geschickt werden soll, wenn es stattdessen zu ähnlichen Bedingungen weiterarbeiten könnte.

Bei BASF gilt der Widerruf der Bestellung durch den Aufsichtsrat oder die Nichtverlängerung vor dem 60. Lebensjahr sogar als „Eintritt des Versorgungsfalls“. Allerdings werden anderweitige Bezüge dann angerechnet. Auch ThyssenKrupp zahlt eine Pension nach Nichtverlängerung des Vorstandsvertrags und BMW kennt ein Übergangsgeld bis zum Beginn der Ruhegeldberechtigung, „wenn dies nach einer mindestens dreijährigen Tätigkeit als Vorstand unter Berücksichtigung aller Umstände objektiv angemessen ist“. Es beträgt zwei Drittel des bis dato erdienten fiktiven Ruhegeldes. Die HypoRealEstate Holding hat sich auf Zahlung eines Ruhegehalts für den Fall der unverschuldeten vorzeitigen Beendigung oder Nichtverlängerung des Dienstvertrags vor dem vollendeten 60. Lebensjahr verpflichtet. Die Zahlung umfasst im Falle des Vorsitzenden 70 Prozent der Festvergütung.

Siemens hebt das Fehlen ausdrücklicher Abfindungszusagen hervor, verweist aber darauf, dass sich aus individuellen Aufhebungsvereinbarungen Abfindungen ergeben können. Auch Siemens zahlt aber in jedem Fall Übergangsbezüge für eine Dauer von zwölf Monaten.

Volkswagen vereinbarte mit seinem 2006 ausgeschiedenen Vorstandsvorsitzenden, zu mit dem bisherigen Anstellungsvertrag weitgehend vergleichbaren Bedingungen weiterhin für das Unternehmen tätig sein zu können.

Da die Berichte über die Vorstandsvergütung noch nicht standardisiert sind und die Unternehmen die sich daraus ergebenden Spielräume unterschiedlich nutzen, sei es um die Vergleichbarkeit noch nicht sehr gut bestellt, sagt Corporate-Governance-Experte Müller. Außerdem fehle es meist an Informationen über den Zeitpunkt der Festlegung der Bedingungen für die Zahlung von Übergangsgehältern und über das Alter des betreffenden Vorstandsmitglieds zu diesem Zeitpunkt. „Nur mit diesen Informationen lässt sich von außen beurteilen, ob im Einzelfall die mögliche Dauer der Zahlung angemessen ist“, so Müller. „Aber immerhin gibt es nun erstmals Transparenz zur Frage der wesentlichen Vertragsbedingungen der Topmanager.“ Dies sei ein Verdienst des Deutschen Corporate Governance Kodexes und des Vorstandsvergütungsoffenlegungsgesetzes vom 3. August 2005.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung	
---	--

<p>Dr. Matthias Müller Abteilung Mitbestimmungsförderung Tel.: 0211-7778-170 E-Mail: Matthias-Mueller@boeckler.de</p>	<p>Rainer Jung Leiter Pressestelle Tel.: 0211-7778-150 E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de</p>
---	---

Anhang

Regelungen für die Beendigung des Dienstvertrages von Vorstandsvorsitzenden der DAX-30 Unternehmen (ohne Change-of-control-Klauseln)

Die folgende Zusammenstellung von Regelungen zur Beendigung der Dienstverträge von Vorstandsvorsitzenden basiert auf der Berichterstattung der untersuchten Unternehmen in ihrem jeweiligen letzten Geschäftsbericht 2006 bzw. 2005/06 (bei atypischem Geschäftsjahr). Die Berichterstattung ist nicht standardisiert, so dass aus einem Fehlen bestimmter Informationen oder einer unterschiedlichen Beschreibung von Tatbeständen nicht unbedingt folgt, dass das Unternehmen tatsächlich keine entsprechenden Regelungen vorgenommen hat bzw. die Regelungen tatsächlich von der anderer Unternehmen abweicht. Die Darstellung in diesem Papier erfolgt möglichst nahe an der Selbstdarstellung der Unternehmen. Explizit nicht mit aufgenommen wurden Klauseln für den Fall des Eigentümerwechsels („Change-of-Control“), die einer eigenständigen Betrachtung bedürfen.

Adidas

Die Dienstverträge mit den Vorstandsmitgliedern sind entgegen aktienrechtlicher Vorgaben **unbefristet** und sehen einzelvertragliche Abfindungsregeln vor: Bei Beendigung des Vertrags mit dem Vorstandsvorsitzenden **ohne** wichtigen Grund wird eine **Abfindung von 100% des Jahresfestgehalts** gezahlt.

Allianz

Bei mindestens fünfjähriger Vorstandszugehörigkeit **Übergangszahlung für 6 Monate** in Höhe des letzten Fixgehalts und anteiligen Jahresbonus (fiktive Zielerreichung von 100%).

Altana

Keine Zusagen für Abfindungen oder Übergangsbezüge.

BASF

Ein Ausscheiden vor dem 60. Lebensjahr, weil Bestellung nicht verlängert oder widerrufen wurde, gilt dies als **Eintritt des Versorgungsfalles** im Sinne der Versorgungszusage. Bezüge aus einer anderweitigen Beschäftigung können auf die Pensionsbezüge angerechnet werden.

Bayer

Bei Ausscheiden wegen Nichtverlängerung oder Widerruf der Bestellung (ohne Grund für eine fristlose Kündigung), werden monatliche **Überbrückungsbezüge von 80% der letzten Festvergütung für 60 Monate** gezahlt.

BMW

Bei Ausscheiden vor 60. Lebensjahr wegen Nichtverlängerung oder Widerruf der Bestellung, wird ein **Übergangsgeld von 2/3 des** bis dato erdienten fiktiven **Ruhegeldes** bis zum Beginn der Ruhegeldberechtigung gezahlt, „wenn dies nach einer mindestens dreijährigen Tätigkeit als Vorstand objektiv angemessen ist“. Anderweitige Einkünfte werden angerechnet.

Commerzbank

Bei Nichtverlängerung ohne wichtigen Grund wird das **Grundgehalt für sechs Monate** weitergezahlt. Vorstandsmitglieder, die vor 2004 bestellt worden sind, erhalten das

Grundgehalt in diesem Fall ab dem Ende der zweiten Bestellungsperiode für **weitere zwölf Monate**.

Continental

Anspruch auf **Übergangsgeld für 6 Monate** (außer bei Kündigung oder einvernehmlicher Aufhebung), das sich am letzten Jahresgehalt und dem Durchschnitt der variablen Vergütung der letzten drei Geschäftsjahre bemisst. Bei Nichtverlängerung (außer bei schuldhaftem Verhalten) oder vorzeitiger Beendigung des Dienstvertrags wird ein **Ruhegehalt von 50% der zuletzt bezahlten Festbezüge und 12% der durchschnittlichen Tantieme** der letzten fünf Geschäftsjahre gezahlt. Anderweitige Einkünfte werden auf das Ruhegehalt angerechnet.

DaimlerChrysler

Keine Abfindung. Bei Beendigung im gegenseitigen Einvernehmen erfolgt die Auszahlung der Grundvergütung und Gestellung eines Fahrzeugs bis zum Ende der Vertragslaufzeit. Die deutschen Vorstandsmitglieder mit Pensionsverträgen, die vor dem Jahr 2006 mit der DaimlerChrysler AG geschlossen wurden, können für den Zeitraum beginnend nach dem Ende der ursprünglichen Vertragslaufzeit **Ruhegehaltszahlungen** und eine Fahrzeuggestellung erhalten.

Deutsche Bank

Abfindung bei Vertragsbeendigung auf Veranlassung der Bank (ohne fristlose Kündigung) in Höhe des Grundgehalts für die Restlaufzeit zzgl. den durchschnittlich in den letzten drei Jahren gezahlten Bonus und MTI (Mid-Term-Incentive) für den Zeitraum von bis zu einem Jahr. **Übergangszahlung** bei Ausscheiden (außer bei fristloser Entlassung) für sechs Monate in Höhe Grundgehalt plus Bonus. Sofern das Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2006 bestand, nach Vollendung des 60. Lebensjahres erfolgt, steht ihm grundsätzlich im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von erst 75 % und dann 50 % der genannten Werte für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu.

Deutsche Börse

Abfindungszusagen im Fall des Widerrufs der Bestellung: Zahlbar ist das **Dreifache** der letzten **Jahresgesamtvergütung** (bestehend aus Festgehalt, Tantiemen und virtuellen Aktienoptionen).

Deutsche Post

Über die Versorgungszusage hinaus keine weiteren Leistungen im Fall der vorzeitigen Beendigung des Vertrags des Vorstandsvorsitzenden. Die Versorgungsleistung ist aber auch bei vorzeitiger Beendigung so zu berechnen, als würde der Vertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt. **Altersleistungen** werden **frühestens ab Vollendung des 55. Lebensjahres** gewährt. Der Berechtigte hat die Wahl zwischen Ruhegeldleistung und sofortiger Auszahlung (Kapitalzahlung).

Deutsche Postbank

Über die Versorgungszusage hinaus keine weiteren Leistungen im Fall der vorzeitigen Beendigung des Vorstandsvertrags. Allerdings ist die Versorgungsleistung für den Vorstandsvorsitzenden auch bei vorzeitiger Beendigung so zu berechnen, als würde der Vertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt. Bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze oder Invalidität bestehen nicht näher spezifizierte Regelungen über die Zahlung von **Übergangsgeld**. Altersleistungen werden **frühestens ab Vollendung des 62.**

Lebensjahres gewährt. Der Vorstandsvorsitzende hat die Wahl zwischen Ruhegeldleistung und sofortiger Auszahlung (Kapitalzahlung).

Deutsche Telekom

Ist die Gesellschaft berechtigt, die Bestellung zu beenden, ohne dass dies zivilrechtlich auch einen sog. „wichtigen Grund“ für die gleichzeitige Beendigung des Dienstvertrags darstellt, so erhält das Vorstandsmitglied einen Anspruch auf eine vertraglich festgelegte **Abfindung**. Diese berechnet sich (abgezinst) für die fiktive Restlaufzeit der Bestellung in der laufenden Amtsperiode (**maximal für 36 Monate**) auf der Basis von 100 % des festen Jahresgehalts und 75 % der variablen Vergütung auf der Basis einer unterstellten Zielerreichung von 100 %. Ein lebenslanges Ruhegeld wird ab dem vollendeten 62. Lebensjahr gezahlt (vorgezogene Altersrente ab vollendetem 60. Lebensjahr mit Abschlägen).

E.ON

Bei unverschuldeter vorzeitiger Beendigung oder Nichtverlängerung des Dienstvertrags erhalten Vorstandsmitglieder, die seit mehr als fünf Jahren im E.ON-Konzern in einer Top-Management-Position tätig sind, **bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres** ein vermindertes Ruhegeld. Dieses **Übergangsgeld** wird aus dem Verhältnis der tatsächlichen gegenüber der möglichen Dauer der Tätigkeit im E.ON-Konzern bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres ermittelt. Die **vor 2006** erteilten Ruhegeldzusagen enthalten **keine Einschränkung des Ruhegeldanspruchs** bei vorzeitiger Vertragsbeendigung oder Nichtverlängerung.

Fresenius Medical Care

Der Vorstandsvorsitzende **kann** im Fall der Beendigung des Anstellungsvertrags **für einen Zeitraum von 10 Jahren für die Gesellschaft beratend tätig werden**. Die Gegenleistung beträgt etwa **46%** der im Geschäftsjahr 2006 an ihn ausbezahlten **erfolgsunabhängigen** Vergütungskomponente.

Henkel

Es liegt **keine ausdrückliche Abfindungsregelung** für vorzeitige Vertragsbeendigung vor. Nach Ausscheiden infolge Pensionierung haben Mitglieder der Geschäftsführung für sechs Monate Anspruch auf Fortzahlung ihrer Bezüge (aber nicht über Vollendung des 65. Lebensjahres hinaus). Danach wird ein Ruhegehalt (für den Vorstandsvorsitzenden in Höhe von z.Zt. 531 TEUR) gezahlt.

HypoRealEstate Holding

Der Vorstandsvorsitzende erhält bei unverschuldeter vorzeitiger Beendigung oder Nichtverlängerung des Dienstvertrags ein **Ruhegehalt**. Diejenigen Einkünfte, die er aus der Wahrnehmung anderer beruflicher Tätigkeiten erzielt, werden bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres auf das Ruhegehalt angerechnet, sofern diese anderweitig erzielten Einkünfte unter Hinzurechnung des Ruhegehalts die dienstvertraglich fixierten Festbezüge überschreiten. Das Ruhegehalt des Vorstandsvorsitzenden beträgt **70 Prozent der Festvergütung**.

Infineon

Im Fall der Beendigung des Dienstverhältnisses (außer bei Eigenkündigung oder Vorliegen eines wichtigen Kündigungsgrundes) wird ein **Übergangsgeld** in Höhe von 12 Monatsgrundgehältern zzgl. einem Betrag in Höhe des Durchschnitts der Bonusbeträge der letzten drei Geschäftsjahre vor Beendigung des Vertrags gezahlt.

Linde

Ab Vollendung des 55. Lebensjahres und zehn vollendeten Vorstandsdienstjahren **erhält das Vorstandsmitglied** im Falle vorzeitiger Beendigung des Anstellungsvertrags durch den Aufsichtsrat oder Nichtverlängerung der Bestellung aus Gründen, die das Vorstandsmitglied nicht zu vertreten hat, **die erdiente Pension** unter Anrechnung anderweitiger Einkünfte **sofort**. Maximal werden 60% der zuletzt gezahlten Fixvergütung erreicht.

Darüber hinaus erhalten Vorstandsmitglieder grundsätzlich für den Fall der Nichtverlängerung der Bestellung zwischen dem 55. und 63. Lebensjahr bzw. wegen vorzeitiger Beendigung des Anstellungsverhältnisses durch den Aufsichtsrat ab dem 62. Lebensjahr eine **Abfindung in Höhe von 50 Prozent einer Jahresvergütung**. Als Jahresvergütung gelten **die zwölfwache monatliche Vergütung** und die volle dividendenabhängige **Tantieme** für das Jahr, in dem das Anstellungsverhältnis endet, sowie der **jährliche Bonus**. Für die Berechnung des Bonus wird der Durchschnitt des in den davorliegenden letzten drei Jahren vergüteten Bonus zugrunde gelegt.

Lufthansa

Keine Abfindungsregelungen. Für den Vorstandsvorsitzenden existieren altersbedingt keine Übergangsvereinbarungen. Jüngere Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf Übergangsversorgung bis zum 60. Lebensjahr, wenn das 55. bzw. das 58. Lebensjahr überschritten wurde.

MAN

Für den Fall einer vorzeitigen Beendigung einer Bestellung ohne wichtigen Grund und auf Veranlassung der Gesellschaft erhält das betroffene Mitglied des Vorstands die feste Vergütung, die Tantieme sowie die Zuschüsse zu Versicherungen bis zum Ende der regulären Amtszeit, maximal aber für zwei Jahre.

Metro

Bei Ausscheiden wird ein **einmaliger Kapitalbetrag** gewährt. Dieser errechnet sich auf Basis der aus Gehalt und erfolgsabhängiger Vergütung bestehenden Durchschnittsbezüge der letzten zwei Kalenderjahre und entspricht mindestens der Summe aus Gehalt und erfolgsbezogener Vergütung auf der Basis eines einfachen EVA-Bonus. Der Vorstandsvorsitzende erhält das Zweifache dieses errechneten Betrags.

Münchner Rück

Keine speziellen Abfindungsregeln. Ein Anspruch auf **Ruhegeld** besteht, wenn das Vorstandsmitglied **nach Erreichen des 60. Lebensjahres** aus dem aktiven Dienst ausscheidet oder der Dienstvertrag wegen Erwerbsunfähigkeit **oder bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen vorzeitig beendet bzw. nicht verlängert** wird.

RWE

Keine Abfindungsregelungen. Bei vorzeitigem Ausscheiden wurden bisher **individuelle Austrittsvereinbarungen** zur Abgeltung vertraglicher Ansprüche (Festgehalt, Tantieme, Dienstwagen) getroffen. Bei Ausscheiden **nach Erreichen des 60. Lebensjahres** besteht Anspruch auf **Ruhegeld**.

SAP

Im Fall der vorzeitigen Beendigung wird eine **Abfindung in Höhe** des noch ausstehenden, angemessen **abgezinsten Zielgehalts für die gesamte Restlaufzeit** des Vertrages gezahlt,

sofern das Vorstandsmitglied das Ausscheiden nicht zu vertreten hat. Bei Beendigung der Vorstandstätigkeit **nach Erreichen des 60. Lebensjahres** besteht Anspruch auf **Altersrente**.

Siemens

Es besteht keine ausdrückliche Abfindungszusage. Eine Abfindung kann sich aber aus einer individuell getroffenen Aufhebungsvereinbarung ergeben. Für vor dem 1.10.2002 erstmals bestellte Vorstandsmitglieder gilt: Nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand besteht ein Anspruch auf **Übergangsbezüge** für zwölf Monate. Sie entsprechen dem letzten Fixgehalt zzgl. dem Durchschnitt der Boni der letzten Jahre bzw. in Einzelfällen der Höhe des Jahreszieleinkommens.

ThyssenKrupp

Es bestehen keine Abfindungsregelungen. Eine **Pension** wird gezahlt an Vorstandsmitglieder, die die Pensionsgrenze von derzeit 60 Jahren erreicht haben, erwerbsunfähig sind oder deren **Anstellungsvertrag vorzeitig beendet oder nicht verlängert wurde** (unter Anrechnung anderweitiger Einkünfte). Die Pension eines Vorstandsmitglieds bestimmt sich nach einem prozentualen Anteil am letzten Festgehalt, das das Mitglied vor Beendigung seines Anstellungsvertrags erhalten hat. Dieser prozentuale Anteil steigt mit der Bestelldauer des Vorstandsmitglieds. Die **Pension des Vorstandsvorsitzenden liegt bei 65 %** des letzten Festgehalts.

TUI

Wenn Vorstandsmitglieder mit Ablauf der Amtsperiode mangels Wiederbestellung oder mangels Verlängerung der Amtszeit ausscheiden oder wenn das Unternehmen deren Dienstvertrag beendet, haben sie **Anspruch auf Übergangsbezüge bis zum Eintritt der Zahlung von Ruhegehältern**. Die Übergangsbezüge entsprechen bei Dienstverträgen, die vor dem 1.9.2006 in Kraft getreten sind, dem erreichten Ruhegehaltsanspruch. Bei jüngeren Verträgen beträgt das Übergangsgeld 50% des Ruhegehalts. Anderweitige Einkünfte werden angerechnet.

Volkswagen

Die nach Ausscheiden aus dem Unternehmen zu gewährende **Altersversorgung ist bei einem Austritt auf Veranlassung des Unternehmens sofort** und im Übrigen mit Vollendung des 63. Lebensjahrs zu zahlen. Bis zum 63. Lebensjahr ggf. von anderer Stelle bezogene Einkünfte sind bis zu einem bestimmten Festbetrag anzurechnen. Mit dem bis 2006 amtierenden Vorstandsvorsitzenden ist im Zusammenhang mit seinem Ausscheiden aus dem Vorstand vereinbart worden, dass er auch weiterhin für Volkswagen tätig sein wird, und zwar zu mit dem bisherigen Anstellungsvertrag weitgehend vergleichbaren Bedingungen. Das **Ruhegehalt** ergibt sich aus einem Prozentsatz des fixen Grundgehalts, der entsprechend der Unternehmenszugehörigkeit bis zu einer vom Präsidium des Aufsichtsrats festgelegten Höchstgrenze ansteigt.

Zusammenstellung: Dr. Matthias Müller

Quelle: Geschäftsberichte der untersuchten Unternehmen für das Geschäftsjahr 2006 bzw. 2005/06